

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 20

Buchbesprechung: Das neue SOI-Buch

Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

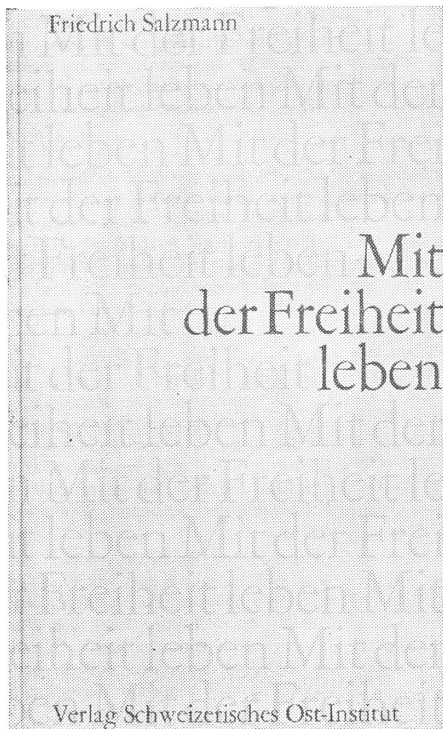
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das neue SOI-Buch



Um mit dem Anfang zu beginnen:

Mein erstes Entzücken am neuen Buch* gilt dem Titel: «Mit der Freiheit leben». In einer unterspielten Abwandlung des Wortes «Mit der Bombe leben» drückt er aus, dass Leben mit der Freiheit nicht einfach eine erfreuliche Gegebenheit und eine Selbstverständlichkeit ist, sondern eine Problematik, ein Unterfangen, eine Gefahr sogar. Doch öffnet sich die Überschrift dem Leser auch ohne dramatischen Anklang. Sie ist ebenso anspruchsvoll wie anmassungslos, und sie charakterisiert das Buch tatsächlich.

Um entgegen der Abfolge weiterzufahren:

Als Leser empfehle ich dem Leser, die drei Teile, aus denen der Band besteht, zunächst in der umgekehrten Reihenfolge zu lesen. Man kommt so von den schärfer umrissenen Einzeldarstellungen zum reicher getönten Komplexbild, wo die Konturen verschwimmen müssen, weil sie sonst künstlich wären. Man kommt so von den politischen Themen zur gesellschaftsphilosophischen Thematik, und man kommt so gewissermassen vom fragwürdig Eidgenössischen zum fragwürdig Menschheitlichen, was zwar der verkehrte, aber für eine erste Streckenbesichtigung alleweil noch bequemere Weg ist.

Auch mit Freiheit lesen

Spass beiseite: Wie immer man die Lektüre anpackt, wird sie tatsächlich zuerst einmal zum Orientierungsgang werden. Immer wieder hat man das Bedürfnis, einzuhalten und sich seines und seines Mentors Standorts zu vergewissern.

* Friedrich Salzmann: «Mit der Freiheit leben». Verlag Schweizerisches Ost-Institut, Bern 1967. 237 Seiten, Fr. 16.80.

Und gleichzeitig wird man gedrängt, sich hierhin und dorthin zu wenden, um einer aufgezeigten Perspektive nachzugehen. Man hat das widersprüchliche Verlangen, sowohl dem vorgelegten Gedanken nachzugehen (an den sich der nächste und übernächste knüpft) als auch stehen-zubleiben und seine Einwände vorzubringen: «Ja, aber...» oder auch «Nein, denn...» Das ist eine Eigenschaft dieses Buches. Nicht deswegen, weil der Leser widersprechen kann (was beim guten Buch und guten Leser keine Sensation sein sollte), sondern weil ihm die Möglichkeiten zum Ausscheren so bewusst geboten werden. Die didaktische Methode, Fragen so vorzubringen, dass sie nur der vorgewussten Antwort dienen, ist nicht die Methode Friedrich Salzmanns. Bei ihm gibt es viele Fragen, von denen er etliche offen lässt und etliche beantwortet, aber keine erledigt.

Aber ein Ausweichen in die Meinungslosigkeit ist das nicht. Der Autor hat seine Meinung. Sie ist auf jeder Seite spürbar. Nur wüsste ich mit bestem Willen nicht, wie sie zusammenfassen, ohne eine der Schablonen zu prägen, die just nicht seine Art sind. Doch wir wollen der zweiten Lektüre nicht vorgreifen, sondern das Buch erst einmal anblättern. Wie gesagt, von hinten.

«Für einen weniger billigen Antikommunismus»

Den dritten Teil bilden Vorträge und Aufsätze, die zum Teil schon über das Radio ausgestrahlt wurden und/oder als separate Schriften erschienen sind. Es sind sehr bekannte Arbeiten darunter, aber es geht um Themen, mit denen man sich nicht vertraut genug machen kann. Sie hängen alle, sagt der Verfasser, mehr oder weniger mit dem Zentralthema «Antikommunismus genügt nicht» zusammen. In explizierter Weise gilt das natürlich für den 1960 gehaltenen Radio-vortrag «Für einen weniger billigen Antikommunismus». Der Titel ist seither in der politischen Terminologie der Schweiz heimisch geworden. Ist er gar zu heimisch und zu wenig überlegt geworden? Ist es in der heutigen politischen Konjunktur nicht vorteilhafter geworden, sich vom Verdacht des billigen Antikommunismus dadurch zu befreien, dass man sich von der prinzipiellen Gegnerschaft zum Kommunismus lossagt? Ist im öffentlichen Bewusstsein das Adjektiv «billig» nicht zum festen Bestandteil des Antikommunismus geworden, so dass es einen andern Antikommunismus gar nicht zu geben scheint? Wenn dem so wäre, so hätte man nunmehr einen Grund mehr, Salzmanns berühmten Satz auf seine tatsächliche Aussage hin anzuschauen und auch zu lesen, was darunter steht. Und dann wird man noch gewahr, wie gerechtfertigt die Warnung vor sieben Jahren war. Dort, wo die stramme Haltung gegenüber der «roten Gefahr» eine Modepose war, musste sie logischerweise auch mit der wechselnden Mode verschwinden. Dort, wo man sich nur vor militärischer Bedrohung in die feuchte Heimaterde ein-grub, und dort, wo man sich vor Ideen in die gedanklich konservierten Burggemäuer flüchtete, musste man sich logischerweise Rheuma holen und ist heute bettlägerig geworden. Und nur wer damals, als billige Gründe noch zu genügen schienen, sich bessere Gründe suchte, mag sie noch heute bei fortgesetzter Suche besitzen.

Zu den durchdachten Gründen gehört die Feststellung von Wesensunterschieden zwischen zwei

Systemen, auch wenn etliche Indizien (die ihrerseits durchaus jede Aufmerksamkeit wert sind) die Grenzen zu verwischen scheinen. So ist die Rechtsstaatlichkeit (trotz aller Gefährdung) etwas wesentlich anderes als die Liberalisierung (trotz aller Verheissung). Salzmann sagt dazu in einem anderen Vortrag («Totalitärer Staat und freiheitliche Demokratie»):

Unter Rechtsstaatlichkeit verstehe ich, etwa für das Verständnis der Rekrutenschule ausgedrückt, dass nicht der Bundesrat regiert, nicht das Parlament, nicht die Verwaltung, ein Grossverband, Trust, nicht irgendein Diktator oder Präsident, sondern direkt oder indirekt das Volk, kraft des von ihm beschlossenen und durch ihn jederzeit revidierbaren Gesetzes. Von dieser Ordnung der politischen Dinge wollen wir nicht abweichen. Unser Problem besteht darin, die Herrschaft des Gesetzes, also der Rechtsstaatlichkeit, des Rechts, auch in der Umwelt einer völlig anders gewordenen sozialen Dynamik durchzusetzen. Das Problem der Diktatur besteht darin, den Weg der Liberalisierung, den Weg der Gesetzlichkeit, den das Volk immer gebieterischer zu beschreiten verlangt, so zu umzäunen, dass der Ausbruch in die volle Freiheit der Demokratie verhindert werden kann. Und damit ist auch das Feld weiterer möglicher Kompromisse abgesteckt und eng begrenzt.

Und welches sind etwa die Kriterien der politischen Freiheit? Der folgende Passus gibt dazu in seinem ersten Absatz eine Definition, die übrigens von der marxistischen Anschauung weniger weit entfernt ist als diese von ihrer Verwirklichung im totalitären Staat. Doch nicht um dialektische Rhetorik geht es dann, sondern um die Blosslegung jener Pseudokriterien, die wohl nie ausgespielt haben werden. Salzmann:

Politische Freiheit ist immer nur als Willensentschluss der Mächtigen zu haben. Und solange diese Macht vereint mit dem Willen zur Freiheit nicht im Volke selber verankert ist, solange also das Volk selber nicht mächtig ist in seinem Willen zur Freiheit, solange haben wir es mit einer Tyrannei in irgendeiner Form oder mit einem der Tyrannei verwandten Herrschaftssystem zu tun. Daran ändert sich nichts Grundsätzliches, wenn dieses System etwa im Wechsel der Personen Dynamik zeigt oder wenn es in der Lebensmittelversorgung Vorteile bietet oder wenn es im Erziehungswesen Errungenschaften aufzuweisen hat, oder, was seinerzeit naive Schweizergemüter so fasziniert hat, wenn die Züge pünktlich abfahren und pünktlich ankommen wie in Benito Mussolini's Italien. Das alles sind keine Kriterien des totalitären Systems! Totalitär ist ein System dann und so lange, als seine Bürger abweichende Meinungen nicht ungestraft äussern dürfen, solange der Bürger sich nicht im Rahmen einer verfassungsrechtlich, also vom Staat und der Polizei geschützten Opposition politisch gegen das System organisieren darf. Demokratie ist im Grunde genommen nichts anderes als ein System, das für die Ablösung der Macht Spielregeln aufstellt, an die sich alle zu halten haben und in vorbildlichster Weise zunächst einmal die Mächtigen.

Die zwei letzten Aufsätze sind spezifischen Aspekten gewidmet, in denen unsere Gesellschaft noch nicht «mit der Freiheit lebt», jedenfalls nicht in einem der Freiheit ausreichend bekömmlichen Sinn. Zur sehr lebhaften Debatte stehen «Erziehung zur Freiheit» sowie «Macht und Ohn-

Der Autor

Friedrich Salzmann wurde 1915 in Hamadan (Iran) geboren als Sohn eines Schweizers und einer Lübeckerin, vom Weltkrieg nach Berlin vertrieben, Ausbildungsjahre in Zürich und Paris, einige Jahre Kaufmann, dann Journalist, ab 1943 Redaktor, seit 1957 beim Radio verantwortlich für die populäre Sendung «Mit kritischem Griffel», ab 1967 für innenpolitische Information.

macht des Wortes». Wie der Autor etwa das erste Thema angeht, zeigt seinen Willen, die Dinge in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung zu sehen, auch wenn es ungewohnt tönt. Ueber die Heranbildung der Jugend heisst es da:

Alle Fürsorge und aller Edelmut, der auf diesem Gebiet von den Lehrern entfaltet wird, darf doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir es mit einem Obligatorium zu tun haben, zu dem das einzig vergleichbare Gegenstück im Militärischen zu finden ist. Seit Einführung des Schulzwangs in verschiedenen Formen gibt es zwei für ganze Generationen allgemeinverbindliche Aushebungen und Aufgebote: Das Aufgebot der Dienstpflichtigen zum militärischen Schutz des Landes und das Aufgebot der Schulpflichtigen oder Unterrichtspflichtigen — zu welchem Zweck?

Nun, unter anderm vielleicht auch zum Zwecke, den Bürger instand zu setzen, die staatlichen Funktionen mit solchen Fragen unter die Lupe zu nehmen. Ich hoffe es aufrichtig. Und ich will so lange daran glauben, als es Bürger gibt, die das tun.

Die «ändern» und «wir»

Der zweite Teil besteht aus den Kapiteln «Der Marxismus» und «Der westliche Kapitalismus». Das erste Kapitel macht den Leser mit einer philosophischen, ideologischen und politischen Materie vertraut, von deren Wichtigkeit man sich zwar gerne überzeugt gibt, die man aber in ihrer Komplexität doch immer wieder unterschätzt. Eine aufmerksame Lektüre lohnt sich.

Das zweite Kapitel aber befasst sich mit einer Materie, zu der uns gerade wegen unserer Vertrautheit mit dem, was schliesslich unsere eigene gesellschaftliche Wirklichkeit ist, die Distanz und häufig auch das Distanzierungsvermögen fehlt. Hier nun zeichnet sich die Gesellschaftskritik Salzmanns aus. Durch die Schärfe ihrer Beobachtung, durch die Nüchternheit ihrer Diagnose, durch die Perspektive ihrer Darstellung, die in der Anordnung gegenwärtiger Problematik die volle Tiefe findet: Wirtschaft, Konjunkturprobleme, Bodenfrage, Politik. Aber vor allem durch die geistige Unabhängigkeit, die nicht proklamiert, sondern bewiesen wird.

Die grosse Linie der grundsätzlichen Betrachtung bleibt erhalten, wenn einer einzelnen Erscheinung nachgespürt wird. Nehmen wir die vielzitierte Entwicklung zur Verbandsdemokratie. Ist sie nur ein Ausdruck wirtschaftlicher Verlagerungen oder nur der Ablösungsreife früherer demokratischer Träger? Oder hängt sie nicht logisch mit der zunehmenden Verteilerrolle des Staates

für die gesamte Wohlfahrt zusammen? Der Autor schreibt:

In den westlichen Demokratien ist Korruption die Ausnahme. Daher beruhen Zuschüsse aus der Staatskasse, wie überhaupt jede Art von Privilegienverteilung, auf mehr oder weniger klar umschriebenen «Rechtsgrundlagen». Das heisst: Um auf die vom Staat vollzogene Verteilung des Sozialprodukts Einfluss zu nehmen, muss man zunächst einmal auf Gesetze und gesetzähnliche Verfügungen, Erlasse, Beschlüsse der zuständigen Ministerien Einfluss nehmen. Die primitive Methode der Einflussnahme ist die Pflege guter Beziehungen; das genügt nicht, sondern ist auf die Dauer nur von Nutzen, wenn es über die andere Methode hinausgeht. Diese andere Methode heisst: Organisation von politischem Einfluss mit dem ausschliesslichen Ziel der Eroberung wirtschaftlicher Sondervorteile.

Wir haben es hier mit einer unausweichlichen, für die vernünftigen Politiker eindeutig voraussehbaren Replik auf den intervenierenden Staat zu tun ... Es wäre ein Wunder gewesen, wenn das unterblieben wäre.

Wo der Existenzkampf sich nicht mehr in erster Linie nach den Regeln des wirtschaftlichen Leistungsprinzips abwickelt, wo der Anteil am Sozialprodukt nicht mehr im freien Spiel der Preise und Löhne zugesprochen, sondern von Seiner unbestechlichen Majestät dem Amt massgebend festgesetzt wird, dort bleibt den um ihre Existenz Kämpfenden nichts anderes übrig, als die Umgruppierung ihrer Truppen: von der Pflege des Marktes geht man über zur Pflege des Amtes. Wobei «Amt» hier nur ein Sammelbegriff ist für die Gesamtheit der staatlichen Bedienungshebel am Verteilungsapparat, der die kleinen und die grossen Geldströme in die Kanäle der Begünstigten leitet. In den Krisenjahren der zweiten Vorkriegszeit, als dieser Verteilungsapparat aufgebaut wurde, dachte man an die rasche Mobilisation von Hilfe für sozial Benachteiligte: Arbeitslose, Konkursiten, alte Leute usw. Es war organisierte Nächstenliebe. Inzwischen haben jene, die gerne mehr haben möchten, sowie jene, die lieber weniger bezahlen möchten — beide zusammen bilden die überwiegende Mehrheit — gemerkt, dass das «zuständige Amt» durch politische Organisation beeinflussbar ist. Mitregierung wandelte sich vom stolzen Souveränitätsanspruch des republikanischen Bürgers zur fordernd ausgestreckten Hand des Interessierten. Und da das Gewicht der Fürbitte in diesen Dingen wichtig ist, ging man daran, die «Gleichgesinnten» zu sammeln. Mit der Gesinnung hatte das zwar wenig zu tun; aber die Parole schlug ein: Schliesst Euch dem X-Verband an, der verteidigt Eure legitimen Interessen! Sein Sekretär steht Schlange an der staatlichen Futterkrippe! Akademisch und höflich ausgedrückt kommt es dann am Ende so heraus, wie dies ... Bundesrat Stampfli formulierte: «Je mächtiger die Verbände, desto schwieriger ist es für die Behörden, ihren keineswegs immer berechtigten Forderungen Widerstand zu leisten.»

In der Demokratie! Die Diktatur des Proletariats kennt diese Schwierigkeiten nicht, weil dort das Interesse einer Gruppe, des parteiinternen Proletariats mit dem Staate identisch ist. Der demokratische Staat jedoch ist Vermittler, zögernder oder williger Diener des in einer gegebenen Situation jeweils am besten organisierten Wirtschaftsinteresses.

Die Grundlagen

Der erste Teil ist den Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens gewidmet, und hier insbesondere dem Zusammenleben in unserer pluralistischen Gesellschaft. Das Eintreten in die Thematik zeigen die einzelnen Kapitel: 1. Von den Bedingungen unseres Denkens, 2. Pluralistische Gesellschaft als Aufgabe, 3. Gott und der moderne Mensch, 4. Freiheit und Ethik, 5. Soziale Revolution.

Zunächst scheint in Salzmanns Behandlung die Gegenüberstellung von weltanschaulicher Geschlossenheit (im «Osten») und weltanschaulicher Auswahlmöglichkeit (im «Westen») einen überraschend defensiven Eindruck zu machen. Gewiss nimmt der Autor Abstand von den bekannten Klagen:

«Man sagt: Wenn dieser Westen doch nur eine einheitliche Ideologie hätte! Wenn er beispielsweise — wie der Osten hinter dem Kapital, — hinter der Bibel einhermarschieren würde, etwa nach dem Motto „Das Christentum hat schon begonnen!“ Andere setzen auf moderne Propheten, auf Keynes, Steiner, Sartre, Madeiraga ... wobei der Hauptkummer jeweils darin besteht, dass keine Mehrheiten bereit sind, sich um das gleiche Banner zu scharen. Käme eine grössere geistig-ideologische Einmütigkeit zustande, dann, so meint man, brauchte Europa keine Angst mehr von der östlichen Dampfwalze zu haben.»

Vielleicht nicht, denn dann wären wir ja selbst zur geistigen Dampfwalze geworden, und es käme beim Zusammenstoss nur noch auf eine massivere Konstruktion an. Salzmann freilich geht in sei-

Fortsetzung auf Seite 10

anzupassen, Ordnungen und Machtverhältnisse friedlich umzukrempeln, zu reparieren, zu reformieren, wobei Neuerer stets davon überzeugt sind, Besserer zu sein. Was hat Kritisieren und Schimpfen für einen Sinn, wenn die Aussicht, einen unbefriedigenden Zustand beheben zu können, gleich Null wäre? Was nützt politische Opposition, Organisation, Agitation, Aufklärung, wenn die konservativen Kräfte jede Reform verunmöglichen — nicht durch den Terror des totalen Staates, sondern durch die Tatsache, daß sie neben dem Apparat der Meinungsbildung auch die immer einflussreicher werdende Verwaltung beherrschen?

Dies ist tatsächlich die entscheidende Frage: Sind die demokratischen Freiheiten und Bürgerrechte mehr als Schein und Spiel, sind sie wirklich noch Mittel friedlicher Weiterentwicklung der Gesellschaft? Wenn nicht, dann wäre die Demokratie die Staatsform der Theaterfreiheit, die Klassendiktatur hingegen die Staatsform der Aufrichtigkeit.

Es fehlt nicht an Beispielen politischer Entscheide innerhalb der westlichen Demokratien, welche die Möglichkeit sozialer Wandlungen und parteipolitischen Machtverlagerungen beweisen. Es ist aber ebenso eindeutig klageworden, daß — über größere Fristen gesehen — die Entwicklung im Westen keineswegs, wie man es angesichts des betonten Gegensatzes zum kommunistischen Osten doch erwarten sollte, zum Ausbau und zur bessern Sicherung individueller Freiheitsrechte führt, sondern zu ihrem partiellen Abbau, zu ihrer Verfälschung und Sinnentleerung. Für Schmuck und Verputz der Fassade wird viel aufgewendet. Daß einige Balken aber morsch geworden sind, wird von der Allgemeinheit der souveränen Wahl- und Stimmbürger kaum zur Kenntnis genommen. Unsere Diagnose entspricht jedoch der Wahrheit:

Man kann den Vorgang mit dem Lebensweg eines Süchtigen vergleichen: Er ist sich anfänglich der Versuchung bewußt und leistet tapferen Widerstand gegen «Übertreibungen». Er ist einstweilen maßvoll im Genuß der verbotenen Früchte und blickt mit Verachtung auf jene, die Exzessen fröhnen. Er merkt nicht, daß die kleinen Genuße seine Widerstandskraft lähmen, seinen Verstand trüben, sein Bewußtsein einschläfern. Sein Sinn

Ist die Demokratie die Staatsform der Theaterfreiheit? Seite 144 (wie viele andere): Kritische Fragen.

Das gibt es entgegen den Vorstellungen:

Die sowjetischen Schrebergärten

Eine schwierige Frage sowohl der wirtschaftstheoretischen Wissenschaft als auch der Praxis in der Sowjetunion ist diejenige der kollektiven und individuellen Gärten, die eigentlich den Schrebergärten in Westeuropa entsprechen. Solche Gärten findet man in der Sowjetunion und in Polen. In beiden Ländern gab es jedoch erhebliche Diskussionen über diese Einrichtung.

Aus der Not...

Die «Schrebergärten» entstanden in der Sowjetunion nach der Kollektivierung, in einer Zeit, als die landwirtschaftlichen Betriebe des Staates und der Genossenschaften nicht in der Lage waren, die städtische Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Um die Knappheit zu lindern, wurde den Betrieben und den Behörden erlaubt, auf der ihnen zugeteilten landwirtschaftlichen Nutzfläche ihren eigenen Werktätigen kollektive Gärten zur Verfügung zu stellen. Die Idee war ursprünglich, dass die Werktätigen alle Arbeiten kollektiv leisten und auch die Früchte ihrer Arbeit kollektiv geniessen sollten. Für sie wurden besondere Gartenbau-Genossenschaften errichtet, welche ihnen — neben den betreffenden Betrieben und Behörden — behilflich waren (und sind), die kollektiven Gärten zu bebauen und Pflanzenschutzmittel usw. anzuschaffen.

... eine Tugend

Schon vor dem Krieg wurden aber diese Gärten in «individuelle Gärten» umgewandelt und ihre Ausdehnung wurde immer grösser. Der Staat schritt aus Rücksicht auf die Versorgungslage nicht dagegen ein. Während man nach dem Krieg gegen die «gesetzwidrige» Ausdehnung der Nebengewirtschaften der Kolchosbauern des öftern protestierte und bemüht war, sie auf das gesetzliche Maximum zurückzuführen, trat in bezug auf die sowjetischen Schrebergärten, und zwar sowohl der individuellen als auch der kollektiven, eine entgegengesetzte Praxis ein. Der Ministerrat der UdSSR erliess am 24. 2. 1949 einen Beschluss «über die kollektiven und individuellen Gärten der Arbeiter und Angestellten», in welchem die lokalen Sowjets erneut ermächtigt wurden, den Betrieben für Kollektivgärten Grundstücke zuzuteilen (rings um die Städte und Industriezentren).

Trotz Protestes der öffentlichen Stellen wiederholte sich jedoch die Tendenz der Kriegsjahre: Die Benützer der kollektiven Gärten schafften die Prinzipien der kollektiven Bebauung und kollektiven Verteilung stufenweise ab. Die Grundstücke wurden parzelliert und umzäunt, ja des öftern wurden sogar kleine Landhäuser auf ihnen erstellt. Diese «individuellen» Gärten wurden langsam zum Objekt eines zivilrechtlichen Verkehrs: Sie wurden an- und verkauft, und zwar mit beträchtlichem Gewinn, und all dies entgegen den bestehenden Rechtsnormen. Wie in der sowjetischen Rechtsliteratur offen anerkannt wurde, waren die Eigentums- und Besitzveränderungen so häufig, dass einige Sowjets nicht imstande waren, diese Änderungen rechtzeitig zu registrieren, weshalb bald ein beträchtliches Durcheinander entstand (vgl. Sovetskije gosudarstwo i pravo, Nr. 5/1961, S. 50 bis 56).

Der Gürtel der Schrebergärten — individuelle und kollektive — beträgt rings um Moskau zirka 10 000 Hektaren, um Leningrad gut 4000 Hektaren usw.

Nur K war dagegen

Das wechselvolle Schicksal der Schrebergärten war jedoch nicht abgeschlossen. Chruschtschew nahm in den sechziger Jahren, vor seinem Sturz im Herbst 1964, Richtung zunächst auf die Reduzierung der Nebengewirtschaften der Kolchosbauern, welche schliesslich zu einem kleinen Garten hätten zusammenschrumpfen müssen. In vielen Kolchosen hatten die Bauern ihre Nebengewirtschaften «freiwillig» aufgegeben und ihren Tierbestand dem Kolchos zu äusserst billigen Preisen verkauft. In der grossen Eile zur Errichtung des Vollkommunismus (dieser hätte im Sinne des heute geltenden Parteiprogrammes von 1961 bis 1980 «im wesentlichen» errichtet werden müssen) ging Chruschtschew dann auch gegen die Schrebergärten vor. Er verlangte einerseits die Reduzierung der Grösse, andererseits die Zurückwandlung der individuellen Gärten in kollektive. Nach seiner Ausschaltung hat sich die Partei- und Regierungspolitik gegenüber den Nebengewirtschaften und Kollektivgärten wieder geändert. Die zusammengeschrumpften kleinen Privatwirtschaften wurden in ihrer gesetzlichen Grösse erneut hergestellt, und die staatliche Unterstützung wird ihnen nicht mehr entzogen.

Privilegien...

Die individuellen Schrebergärten wie auch die Nebengewirtschaften der Kolchosbauern gelten als «persönliches Eigentum» d. h. sie können nur zur Deckung der persönlichen Bedürfnisse benutzt werden. Allerdings wird diese allgemeine Regel des Zivilgesetzbuches nicht streng eingehalten, und zwar aus wirtschaftlichen Gründen (Not bricht Recht). Die freie Verfügungsgehalt wird sowohl *inter vivos* als auch *mortis causa* garantiert.

Die Einnahmen aus den Kollektivgärten sind von den Einkommenssteuern befreit, falls diese Pflanzenstätten von Betrieben und Behörden den Werktätigen zugeteilt wurden und 0,15 Hektar pro Familie nicht übersteigen, ferner falls kein Nutzvieh gehalten wird. Sonst muss der Inhaber die Einkommenssteuern nach den allgemeinen Regeln zahlen (vgl.: Verordnung des Finanzministers vom 10. August 1964: «Ueber die von der Bevölkerung zu zahlende Einkommenssteuer»). Die Kollektivgärten wurden weiter von der Bodensteuer bzw. Bodenrente befreit.

Allerdings müssen die Eigentümer der individuellen und kollektiven Gärten den Gartenbau-Genossenschaften Beiträge nach dem System der Selbstveranlagung zahlen. Dabei wird berücksichtigt, ob auf diesen Gärten die Inhaber kleinere Häuser erstellten oder nicht.

Neben den erwähnten Schrebergärten gibt es noch zwei weitere Formen der individuellen Gärten: Die auf dem Lande lebenden, aber ausserhalb der Landwirtschaft, zum Teil sogar in den Städten arbeitenden Werktätigen erhalten sehr oft von den Kolchosen kleine individuelle Gär-

ten, welche juristisch gesehen in die gleiche Kategorie fallen wie die Kollektivgärten. Ausserdem gibt es noch individuelle Gärten auf den zur Erstellung von Einfamilienhäusern zugeteilten Baugrundstücken.

... und Missbräuche

In diesem Zusammenhang muss auf die zahlreichen Missbräuche hingewiesen werden. Es gibt Sowjetbürger, welche zwei bis drei Baugrundstücke haben; sie haben von jenen, denen die Grundstücke ursprünglich (von den örtlichen Sowjets) zugeteilt werden, Land zusammengekauft und dort kleinere bis grössere Obstgärten und Gemüsegärten gebaut. Wie vor einigen Jahren die sowjetische Presse einige Male in tadelndem Sinne feststellte, gab es sogar leitende Funktionäre unter den Leuten, die solchen Missbrauch trieben. Manchmal erhielten sie selbst ein Grundstück nach dem anderen. Einige beanspruchten zur Pflege ihrer Gärten sogar fremde Arbeitskräfte. Die Produkte verkauften sie anschliessend zu teuren Preisen, wobei ihnen der schlecht funktionierende Handel, sowie die schlechte Versorgung von Städten und Industriezentren mit Lebensmitteln zu Hilfe kamen. Aus diesem Grund konnten sie ganz schöne Summen einstecken.

In letzter Zeit verschwand diese Art der Kritik, die während der Chruschtschew-Periode sehr stark war. Das kann wahrscheinlich auf zwei Gründe zurückgeführt werden: 1. Die Position einzelner Leute hat sich so gestärkt, dass die Presse keine Kampagne mehr gegen sie startet, 2. Die weniger einflussreichen Leute haben ihre Grundstücke verloren oder sie mussten auf ihrem Grundstück ein Einfamilienhaus erbauen lassen.

Die Institution der individuellen-kollektiven Gärten ist noch in Polen weit verbreitet und wird in diesem Lande weiterhin mit aller Energie unterstützt. Presse und Öffentlichkeit verlangen weitere Privilegien für die Inhaber und schlagen vor, man solle weitere Bodenflächen zu diesem Zweck zur Verfügung stellen. Allerdings handelt es sich sowohl in Polen als auch in der Sowjetunion um kleinere Flächen, welche in den statistischen Jahrbüchern nicht angeführt werden.

Janos Szikra

Mit der Freiheit leben

Fortsetzung von Seite 9

ner Distanzierung zu den Klagen über mangelnde Einheit nunmehr behutsamer vor, erwägt mit skeptischer Nüchternheit die Verwirklichungschancen einer geistigen Geschlossenheit, gibt den Fortschritt gegenüber einer Vergangenheit zu bedenken, als man einander für die «Wahrheit» noch die Schädel einschlug, und zeigt die gegenwärtige pluralistische Ordnung als einen Schritt zur Zukunft auf, wo im Rahmen einer «übernational denkenden Vernunft» bessere, wenn auch nie endgültige Spielregeln eines allgemeinen menschlichen Verhaltens zu erhoffen sind.

Der Pluralismus verdient alle diese Erwägungen. Vielleicht verdient er darüber hinaus das «Ja» einer grundsätzlichen Entscheidung. Denn er ist ja nicht nur in der augenblicklichen historischen Konstellation der möglicherweise unzulängliche Gegensatz zu einer bestimmten Ideologie mit ihrem Machtgebiet und ihrem Herrschaftsanspruch, er ist auch in permanenter Weise der

Fortsetzung auf Seite 11

DDR-Strafgesetzbuch

Fortsetzung von Seite 5

die vorgesehene Regelung dem bisher geltenden Strafrecht. Allerdings wird der erst 1957 eingeführte Begriff des «Staatsverrats» fallen gelassen und durch den Begriff des «Hochverrats» ersetzt. Als Mindeststrafe sind zehn Jahre Freiheitsstrafe vorgesehen. — Im schweren Fall ist alternativ auf lebenslange Freiheitsstrafe oder auf Todesstrafe zu erkennen. Unter dem Sammelbegriff «Landesverrat» sind als weitere Verratsdelikte «Spionage», «Sammlung von Nachrichten», «Landesverräterischer Treubruch» und «Verbindungsaufnahme zu staatsfeindlichen Organisationen» in dem neuen Strafgesetzbuch definiert.

Von diesen Bestimmungen scheint der Tatbestand des «landesverräterischen Treubruchs» besonders bemerkenswert: Wie verschieden seine Begehungsformen im einzelnen auch aussehen mögen, eigentümlich ist ihnen allen, dass ein «Bürger der DDR» bei einem legalen oder illegalen Aufenthalt in West-Berlin oder der Bundesrepublik Deutschland seine sogenannte Treuepflicht gegenüber der DDR verletzt, wenn er Mitteilungen macht, Interviews gewährt oder Erklärungen abgibt, die politischen Organisationen, Gruppen oder Personen in ihrer «feindlichen Tätigkeit gegenüber der DDR» nützen. Mit dieser Pauschalbestimmung wird im Grunde jede oppositionelle Meinungsäußerung ausserhalb des Herrschaftsbereiches der SED unter Strafe gestellt. Im schweren Fall ist für «landesverräterischen Treubruch» lebenslange Freiheitsstrafe oder die Todesstrafe vorgesehen.

Als weitere politische Delikte stellt Ulbrichts künftiger Strafkodex «Terrorhandlungen», «Sabotage», «staatsfeindlichen Menschenhandel», «staatsfeindliche Hetze» und «staatsfeindliche Gruppenbildung» unter Strafe. Die Notwendigkeit, derartige Straftatbestände in das neue Strafgesetzbuch aufzunehmen und mit hohen Strafen

— zum Teil mit der Todesstrafe — zu bedrohen, legt natürlich politische Rückschlüsse auf die innere Situation der DDR nahe.

Eine völlig neue Ausgestaltung erfährt im übrigen das Strafsystem selbst. Künftig wird in der DDR nicht mehr zwischen Zuchthaus- und Gefängnisstrafe unterschieden. Es gibt nur noch eine einheitliche «Freiheitsstrafe», die sowohl befristet bis zu fünfzehn Jahren als auch lebenslanglich verhängt werden kann. Keineswegs neu ist hingegen die Beibehaltung der Todesstrafe in schweren Fällen bestimmter politischer Delikte und bei Militärstraftaten. Bei Mord ist die Todesstrafe nur noch alternativ zu lebenslanger Freiheitsstrafe vorgesehen. Schliesslich liegt es ganz auf der Linie des neuen Strafgesetzbuches, wenn langfristige Freiheitsstrafen hauptsächlich bei politischen Delikten anzuwenden sind.

Zur Charakterisierung des zukünftigen Strafgesetzbuches der DDR genügt eigentlich ein einziges Zitat. Es lautet: «Gesetze, die nicht die Handlung als solche, sondern die Gesinnung des Handelnden zu ihren Hauptkriterien machen, sind nichts als positive Sanktionen der Gesetzlosigkeit.» Auch die Kommunisten sollten über dieses Wort nachdenken, denn der es niederschrieb, hiess — Karl Marx!

K. W. F.

Der Buchtip

Alexander Charim: «Die toten Gemeinden. Monographien zur Zeitgeschichte.»

Europa-Verlag, Wien, Frankfurt, Zürich, 1967. 52 Seiten, Fr. 2.50.

Alexander Charim beschreibt Schicksale, die Geschichte wurden. Seine Reportagen sind ein zeitgeschichtliches Dokument.

Mit der Freiheit leben

Fortsetzung von Seite 10

gültige Gegensatz zu jeglichem gesellschaftlich verbindlichen Einheitsdenken. Er verdient es wohl, unbeschadet seiner stets verbesserungswürdigen Formen in gleicher Weise ein gesellschaftliches Ziel genannt zu werden, wie die Wahrheitsfindung ein philosophisches Ziel genannt wird, und zwar eben deshalb, weil eine endgültige Wahrheit dem Menschen doch nie zuteil wird.

Was ist ein überzeugter Pluralist? Ueberspitzt gesagt, vielleicht derjenige, der die folgende Stelle liest..

«... dass der Messias komme, ist wahrscheinlicher, als dass er erkannt werde; vermutlich wird die in der Demokratie so souveräne Mehrheit in ihrer entscheidenden Sternstunde vom Ländermatch am Fernsehen fasziniert...».

und dabei diese Reaktion auf die «Sternstunden» nicht sosehr befürchtet als erhofft. Wenn er sich natürlich auch bessere Gründe zur Ablehnung einer ideellen Einheitsfront der Menschheit wünschen möchte als einen Ländermatch.

In unserer westeuropäischen Gesellschaft, die zugleich Fortsetzung des christlichen Abendlandes als auch Erbe der Aufklärung ist, bildet das Ver-

hältnis «Gott und der moderne Mensch», «Glaube und Wissen» oder wie immer man die analogen Spannungs- und Ergänzungspaare auch nennen mag, einen Teil der pluralistischen Problematik. Mit diesem Thema befasst sich der Autor besonders ausführlich.

Mit Recht weist er darauf hin, dass wir uns heute hier vielleicht die «Koexistenz» allzu leicht machen. Die meisten von uns «westlichen Demokraten» sind in unserem gesellschaftlichen Verhalten wohl zunächst Pluralisten und dann erst (in zweiter oder x-ter Linie) auch Christen, humanistische Atheisten usw. Bei der faktischen Einstufung der Priorität, die wir für unser Zusammenleben als erhaltenswert betrachten, sind wir vielleicht geneigt, dem Verhältnis von Glauben und Wissen nicht allzu grosse politische Relevanz zuzuerkennen. Doch besteht die Gefahr, dass aus solcher praktischer Neutralität gegenüber dem Mitbürger und Mitmenschen eine Art Gesinnungsneutralität entsteht, die sich aus Rücksicht auf den Glauben der Neugier des Wissens, und aus Rücksicht auf das Wissen der Kraft des Glaubens beraubt, zum Schaden beider. Hier wieder zum Gespräch zu kommen, in dem die Toleranz als Tugend der Bequemlichkeit zur Tugend des erworbenen Verstehens wird, ist ein Hauptanliegen des Autors.

Christian Brügger

Eine Reise nach Osteuropa führt ihn in die Städte Krakau, Prag, Budweis, Brünn, Pressburg und Oedenburg (Sopron), wo er herauszufinden sucht, was aus den einst blühenden jüdischen Gemeinden dieser Städte geworden ist. Nationalsozialistische Ausrottungspolitik und zweieinhalb Jahrzehnte Sozialismus sowjetischer Machart haben aus einer blühenden Kultur eine kulturelle Wüste gemacht. Die Gemeinden sind tot oder sterben langsam vor sich hin; ihre Synagogen sind bestenfalls Museen, Attraktionen eines beginnenden Fremdenverkehrs; sie sind Kulisse für neooveristische Filmszenen oder auch Lagerräume von Kaufhäusern und Fabriken. Amtlich wird dem Gedenken an die während der deutschen Besetzung ermordeten Juden Genüge geleistet, aber die lebenden und gläubigen Juden sind Objekt eines offiziellen Sarkasmus, sind für die Öffentlichkeit Symbol des Anachronismus.

Charims Reportagen sind keine mit Quellen belegte Monographien, sondern aus dem Leben gegriffener und an die Lebenden gerichteter Bericht — eine ergreifende Lektüre und ein kleiner, aber wichtiger Beitrag zu einem wichtigen Thema.

-HJP-

Ein Wirtschaftswerk

Jürgen Nötzold: «Möglichkeiten und Grenzen des Aussenhandels mit den europäischen Ostblockstaaten.»

Gegenwartsfragen der Ostwirtschaft. Band 1, Olzog-Verlag, München und Wien, 1966. 110 Seiten, Fr. 14.10.

Der Titel des schmalen Bändchens, mit dem eine von Professor Hans Raupach herausgegebene Schriftenreihe des Seminars für Wirtschaft und Gesellschaft Osteuropas an der Universität München eingeleitet wird, ist etwas irreführend, da die Sowjetunion hier ausgeschlossen wurde. Der Verfasser beschäftigt sich mit den Aussenhandelsmöglichkeiten der europäischen Volksdemokratien, und zwar vorwiegend mit den Osthandelsperspektiven aus deutscher Sicht. Von daher scheint sich die Monographie in erster Linie an deutsche Leser zu wenden.

Nötzolds Schrift hat den Nachteil, für den Fachmann zu oberflächlich zu sein und dem Wirtschaftspraktiker zu wenig konkrete Anhaltspunkte und Hinweise zu bieten. Zudem werden keine neuen Erkenntnisse vermittelt, sondern bisherige Untersuchungsergebnisse deskriptiv zusammengefasst. Die Untersuchung beschränkt sich im wesentlichen auf den Zeitraum der abgelaufenen Fünfjahrpläne 1961—1965, wobei in den meisten Fällen die Zahlenangaben für das Jahr 1965 selbst fehlen. Der kritische Leser wird ferner die Analyse vermissen sowie einen Ausblick auf die Entwicklungsziele der behandelten Länder in der laufenden Fünfjahrperiode 1966—1970, im Hinblick auf die Wachstumsvariante Aussenhandel. Die kurze Uebersicht über die geplanten Wirtschaftsreformen und ihre Auswirkungen auf die Aussenwirtschaftsbeziehungen enthält einige voreilige Schlussfolgerungen, die bisher durch Tatsachen kaum erhärtet werden können.

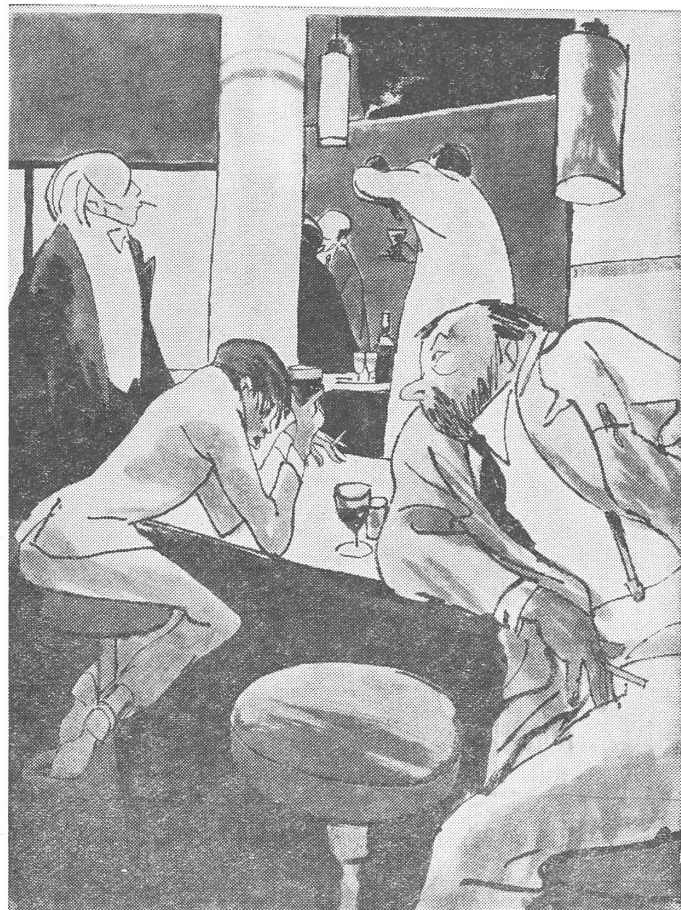
Trotz diesen Mängeln vermag das vorliegende Bändchen dem allgemein interessierten Leser einen brauchbaren generellen Ueberblick zu vermitteln.

-HJP-

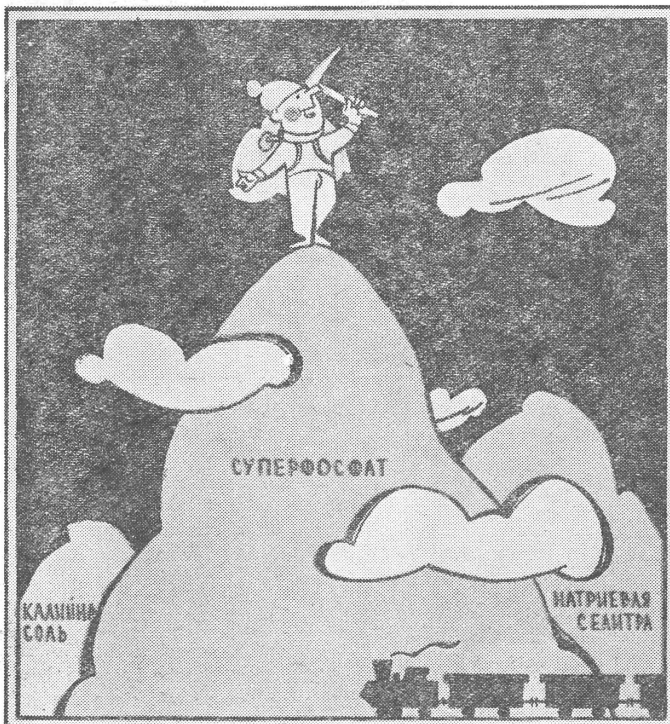
Plakatiert von «Krokodil»



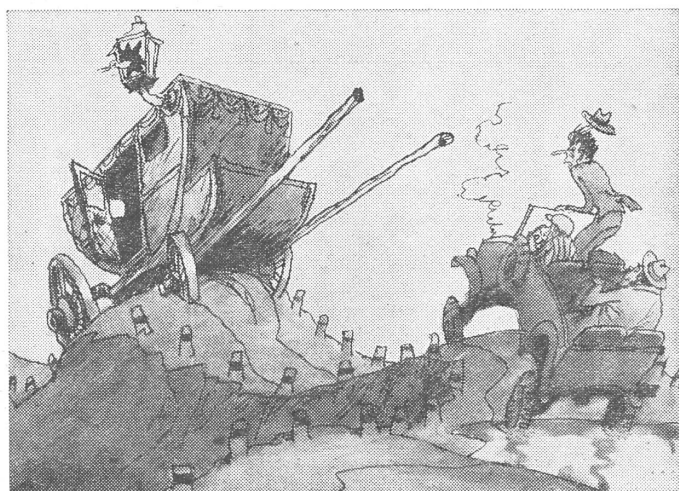
Werbeplakat für Photosafari. (Notgedrungen, denn der Vogel verkündet es: «Kein Pulver, kein Schrot».)



«Warum trinken Sie?» — «Weil man mich nicht ins Kino lässt, nur weil ich noch keine 16 Jahre habe.»



Werbeplakat für Alpinismus. (Der Berg besteht aus Kunstdünger, der an den Eisenbahnstationen verfault, da er nicht in die Kolchosen transportiert wird.)



«Strasse neulich repariert, sagten Sie? Wann genau, denn?»

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern • Telefon (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Abonnentenverwaltung: Oswald Schürch • Inseratenverwaltung: Th. Schöppach • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—) Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 2 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.